

BESCHLUSSPROTOKOLL

zur **öffentlichen (hybrid) Sitzung des Stadtteilbeirates Osterholz** am
Montag, 10. Oktober 2022 von 18.30 bis 21.30 Uhr (Ende der Sitzung)
im Haus im Park, Züricher Straße 40, 28325 Bremen.

Sitzungsbeginn: 18.30 Uhr Sitzungsende: 21.10 Uhr

Teilnehmer*innen:

Herr Conreder
Herr Dillmann
Frau Fischer online tg.
Frau Haase online tg.
Herr Haase online tg.
Frau Hofmann online tg.
Herr Hohn online tg.
Frau Klin Protokollantin
Herr Kocas online tg.
Herr Krauskopf
Herr Kuhlmann online tg.
Herr Last online tg.
Herr Schlüter Sitzungsleitung
Frau Schönfelder
Herr Sporleder
Herr Wedler

entschuldigt:

Herr Massmann
Frau Osterhorn
Frau Suchopar

Frau Judith Borsch, Direktorin Klinikum Bremen-Ost
Frau Senatorin Claudia Bernhard, Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz

unentschuldigt:

-/-

Gäste:

Herr Rohdenburg (Betriebsrat Klinikum Bremen-Ost)
Herr Dr. Becker (Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Abt.5 Kommunale Kliniken, online tg.)
Frau Dr. Dreizehnter (Geschäftsführung Gesundheit Nord gGmbH, online tg.)
Herr Schmid (Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Abt. 5 Kommunale Kliniken, online tg.)
Frau Penon (Geschäftsführung Gesundheit Nord gGmbH, online tg.)
Herr Beekmann (Geschäftsführung Gesundheit Nord gGmbH, online tg.)
Frau Matiszik (GeNo Sprecherin, online tg.)
Frau Ute Reimers-Bruns (SPD, MdBB, online tg.)
Frau Ilona Osterkamp-Weber (Grüne, MdBB)
Herr Magnus Buhlert (FDP, MdBB, online tg.)
Herr Rainer Bensch (CDU, MdBB)
Herr Tasan (QM Schweizer Viertel, online tg.)
Frau Höpker (QM Tenever, online tg.)
Herr Bartsch (Polizei Bremen, online tg.)
Herr Fehsenfeld (Haus im Park)
Herr Hasemann (Stadtteilkurier, online tg.)
Herr Rohmeyer (CDU, MdBB)
Herr Güngör (SPD, MdBB)
Frau Görgü-Philipp (Grüne, MdBB), online tg.)
Herr Fabian (Betriebsratsvors. LDW)
Frau Nicky Bohling (Jugendbeirat Osterholz, online tg.)
ca. 8 sachkundiger Bürger des Beirates Osterholz (online und Präsenz tg.)
ca. 85 Bürgerin des Stadtteils oder Angestellte des KBO/der GeNo (online und Präsenz tg.)

Der Beirat ist beschlussfähig.

Die Tagesordnung wird wie folgt einstimmig beschlossen:

Tagesordnung:

1. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 12.09.2022 (ca. 5 min)
2. Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger (ca. 15 min)
3. Sachstand zur Situation des Klinikums Bremen-Ost sowie geplante Veränderungen am Klinikum Bremen-Ost (KBO). Angefragt: (ca. 60-75 min)
 - Frau Senatorin Claudia Bernhard, Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz (oder Vertreter/Vertreterin im Amt)
 - Frau Dorothea Dreizehnter, Geschäftsführung Geno
 - Frau Judith Borsch, Direktorin Klinikum Bremen-Ost
 - Herr Markus Rohdenburg, Betriebsrat Klinikum Bremen-Ost
 - Gesundheitspolitische Sprecher:innen der Fraktionen:
 - Frau Ute Reimers-Bruns (SPD, MdBB)
 - Frau Ilona Osterkamp-Weber (Grüne, MdBB)
 - Herr Rainer Bensch (CDU, MdBB)
 - Herr Nelson Janßen (Linke, MdBB)
 - Herr Magnus Buhler (FDP, MdBB)
4. Vergabe der Restglobalmittel 2022 (ca. 10 min)
5. Anträge; u. a. (ca. 5 min)
 - Veränderte Schuleinzugsgrenzen der Osterholzer Grundschulen ab komm. Schuljahr 23/24
 - „Letter of Intent“ – Stadtteilpartnerschaft Bremen-Osterholz und einem Stadtteil in Izmir (Gaziemir)
6. Mitteilungen des Ortsamtes (ca. 5 min)
7. Verschiedenes (ca. 5 min)

Herr Schlüter begrüßt alle Anwesenden und bringt sein Bedauern zum Ausdruck, dass die Senatorin Frau Bernhard ihre Teilnahme für heute abgesagt hat. Weiterhin informiert er, dass Buten und Binnen heute in der Sitzung nicht vertreten sein wird, sondern ein Interview bereits heute Morgen im Ortsamt aufgenommen worden ist. Herr Haase ist aufgrund der aktuellen Entwicklungen zum KBO sehr beunruhigt.

Zu TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12.09.2022

Das Protokoll der Sitzung vom 12.09.2022 wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 2 Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

Herr Haase wird sich morgen beim Ortsamt/bei der Polizei bezgl. einem Bereich melden, wo massiv gedealt wird.

Zu TOP 3 Sachstand zur Situation des Klinikums Bremen-Ost sowie geplante Veränderungen am Klinikum Bremen-Ost (KBO). (ca. 60-75 min)

Gäste:

- Frau Dorothea Dreizehnter, Geschäftsführung Geno (online tg.)
- Herr Markus Rohdenburg, Betriebsrat Klinikum Bremen-Ost
- Gesundheitspolitische Sprecher:innen der Fraktionen:
 - Herr Dr. Becker (Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Abt.5 Kommunale Kliniken, online tg.)
 - Herr Schmid (Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Abt. 5 Kommunale Kliniken, online tg.)
 - Frau Ute Reimers-Bruns (SPD, MdBB, online tg.)
 - Frau Ilona Osterkamp-Weber (Grüne, MdBB)

- Herr Rainer Bensch (CDU, MdBB)
- Herr Magnus Buhlert (FDP, MdBB, online tg.)

Ralf Dillmann führt anhand einer Präsentation in das Thema „Zukunft des KBO“ ein. Prägnant ist die Tatsache, dass bei annähernd gleicher Einwohnerzahl der Stadtteile Osterholz und Schwachhausen Schwachhausen 8-mal so viele niedergelassene Fachärzte hat wie Osterholz. Und das, obwohl im Zentrum der Stadt drei Kliniken mit einer 24-Stunden Akutversorgung sind. Die Ärztekammer hat im Mai 2022 gesagt, dass das KBO als breit aufgestellter Gesundheitsversorger eine wichtige Rolle spielt.

Herr Schlüter weist auf die Beteiligungspflicht der Beiräte nach dem Beirätegesetz bei gesundheitspolitischen Maßnahmen hin und fragt Frau Dr. Dreizehnter konkret, ob der Beirat Osterholz noch beteiligt wird. **Frau Dr. Dreizehnter** bejaht diese Frage. Die letzte Aufsichtsratssitzung hat einen Beschluss zur Zukunft des KBO gefasst. Ab jetzt kann eine öffentliche Diskussion und Befassung zu dem Thema erfolgen. Sie betont, dass der Verbund GeNo die richtigen Maßnahmen treffen muss, um den Standort KBO weiterhin existieren zu lassen (auch wirtschaftlich). Frau Dr. Dreizehnter führt auf welche Veränderungen es geben wird:

Unfallchirurgie bleibt in der Zeit von 8-18 Uhr am KBO, danach zum KBM (hierfür müssen hochwertige Strukturen vorgehalten werden, welche am KBO nicht mehr wirtschaftlich sind, es liegen geringe OP-Zahlen in der allgemeinen und Unfallchirurgie vor, operative Fallzahlen gehen zurück). Mit dem Rettungsdienst ist diese Veränderung besprochen, der sieht darin keine Einschränkungen.

An dem Standort bleibt die Notfallversorgung, Basisversorgung in der Zentralen Notversorgung, Infrastruktur Inneres, Chirurgie

Die Standorte müssen so aufgestellt sein, dass der Verbund wirtschaftlich bestehen bleiben kann. Die Veränderungen werden zum Anfang 2023 umgesetzt. Frau Dr. Dreizehnter bittet um Verständnis dafür.

Folgende Anmerkungen/Rückfragen gibt es (die Antworten sind dann in kursiv gesetzt):

Hr. Dillmann:

- Durch die Schwerpunkt Covid Behandlung am KBO sind gezielt die Fallzahlen niedriger ausgefallen. Das ist ein selbstgemachtes Problem.

Fr. Dr. Dreizehnter: Es sind schon vor Covid Daten analysiert worden. Die letzten beiden Jahren sind nicht repräsentativ. Der Gesellschafter hat den Auftrag die Balance zwischen den Standorten herzustellen. Die Deckungslücke im operativen Bereich bewegt sich in Millionen-Höhe. Es müssen stabile Strukturen vorgehalten werden. Parallele und identische Strukturen können aus wirtschaftlichen Gründen nicht an jedem Standort angeboten werden (schon allein wegen Personalmangel). Die GeNo hält die Zentralisierung für absolut notwendig. So wie es bisher lief, kann es für die Zukunft nicht mehr bleiben. Die Strukturen müssen dringend geändert werden. Als GeNo ist es wichtig, die Stabilität des Bremer Gesundheitssystem sicherzustellen. Das KBO kann nur erhalten bleiben, wenn bestimmte Anpassungen gemacht werden.

- Was ist bei unklaren Diagnosen, wie sind die Absprachen für den Rettungsdienst welcher Standort wird dann angefahren?
- Auslastung der Notaufnahme am KBM mit langen Wartezeiten (Planungen für eine Alternative?)
- Der Artikel 72 GG beinhaltet die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen. Greift der in diesem Falle nicht? Die GeNo entscheidet wo gesundheitliche Leistungen angeboten werden und wo nicht. Wie verhält sich das mit dem Entscheidungsrecht der Stadt (100% GeNo) wo Ärzte anzusiedeln sind?
- Er weist deutlich daraufhin, dass ein Gesamtkonzept zu erstellen ist, damit alle vier Standorte überlebensfähig sind. Er erwartet eine politische Entscheidung dazu (von der Senatorin Bernhard). Die Stigmatisierung „Ellen“ wollen wir nicht wieder, so Herr Dillmann.

Herr Rohdenburg:

- Aus Sicht des Betriebsrates handelt es sich hierbei um eine Mogelpackung. Der Betriebsrat hat in allen Sitzungen kundgetan, dass er die Planungen nicht mittragen wird. Die Verlagerung der Chirurgie ist bereits 2x gescheitert und für viel Geld wieder ans KBO zurückgeholt worden. Er sieht durch die Veränderungen eine Gefahr für die Patienten.
- Das die Veränderungen für den Rettungsdienst kein Problem darstellt, zweifelt er an. In dem Zeitraum Januar bis September 2022 hat der Rettungsdienst insgesamt das KBO 6000-mal

- angefahren. Wenn nur ein Teil davon ans KBM verlagert wird, ist das Chaos vorprogrammiert. Die Chirurgie und die Inneres werden zusammenbrechen.
- Es gibt einen Prüfauftrag die Lungenabteilung zu verlagern, eine Teilverlagerung ist nicht wirtschaftlich, auch eine komplette Verlagerung wird nicht wirtschaftlich sein, viele der Kolleg:innen werden einer Verlagerung nicht mit gehen.
 - LDW und KBO sind nur „Spielball“, um das KBM zu belegen.

Herr Schlüter:

- Ist der Standort am KBO für die Psychiatrie und Forensik gefährdet?

Fr. Dr. Dreizehnter: Die Forensik wird nicht so verändert. Die Abteilungen Demenz und Neurologie werden ausgebaut.

- Liegt ein Gesamtkonzept für alle Standorte der GeNo vor?
- Er informiert, dass gerade ein Privatinvestor das Medicum für 16 Millionen € gebaut hat (Schwerpunkt Beatmungsversorgung nach Krankenhausaufenthalt). Das Lungenzentrum wird doch am KBO bleiben oder?

Herr Schmid:

- Die Krankenhauslandschaft ist in Bewegung, in ganz Deutschland. Die Versorgungsplanung sieht die adäquate Versorgung der Bürger:innen vor. Dafür werden genügend finanzielle Mittel und Personal benötigt. Die Freie Hansestadt Bremen hat bereits 600 Millionen € in die GeNo investiert. Das der Beirat die ortsperspektive Stadtteil Osterholz sieht, ist nachvollziehbar. Der GeNo Verbund betrachtet allerdings die übergreifende Perspektive. Die Krankenhauslandschaft hat sich massiv verändert und es benötigt eine Perspektive (Krankenhausversorgung 2030). Es wird definitiv Veränderungen geben. Seit 2016 weist das KBO sinkende Fallzahlen auf, die Infrastruktur ist aber für höhere Fallzahlen ausgelegt.

Herr Buhler:

- Einzeldiskussionen verärgern alle nur. Die Krankenhausplanung muss mit den Beiräten abgestimmt werden. Auch eine städtische Klinik muss wirtschaften. Die Ambulantisierung findet bereits statt. Notfälle müssen versorgt werden- das muss gewährleistet sein. Das GeNo Konzept muss sich im Detail angeschaut werden.

Frau Osterkamp-Weber:

- In der letzten Woche konnte sie mit dem Betriebsrat und einigen Mitarbeiter:innen des KBO ins Gespräch kommen. Die Gesamtsituation ist sehr bedrückend. Es liegen drei Jahre Pandemie hinter uns, Fachkräftemangel, Energiekrise, Refinanzierung der Corona-Krise und wirtschaftliche Zwänge kommen noch dazu. Sie erkennt den Kostendruck, der die GeNo zu diesen Handlungen bewegt. Allerdings muss mit zukunftsweisenden Konzepten gearbeitet werden, die transparent und frühzeitig kommuniziert werden.

Frau Reimers-Bruns:

- Auch sie findet die Gesamtsituation sehr bedrückend. Sie kann es gut nachvollziehen, dass der Stadtteil eine gute Versorgung benötigt. Im Koalitionsvertrag steht, dass alle Standorte der GeNo zu erhalten sind.

Herr Bensch:

- Er appelliert an alle für das KBO zu kämpfen. Das KBO ist für diese Region unverzichtbar. Das LDW hat es vor 6 Monaten in ähnlicher Weise erlebt. Jetzt ist das KBO an der Reihe. Eine ganzheitliche Bedarfsanalyse muss erstellt werden. Jetzt stellt die GeNo alle vor vollendete Tatsachen. Das Bundesland hat einen Sicherstellungsauftrag.

Herr Fehsenfeld:

- Er hat gehört, dass das Klinikgelände verkauft werden soll und fragt nach, ob das stimmt und wenn ja welche Bereiche und wie der Zeitplan ist.

Frau Dr. Dreizehnter: Frau Dr. Dreizehnter kann sich dazu heute nicht äußern.

Herr Fabian:

- Der Betriebsrat (LDW) erklärt sich solidarisch mit den Mitarbeitenden des KBO. Er bittet darum, dass alle

sehr fokussiert auf die anstehenden Veränderungen sind und warnt vor einer Salami-Taktik ohne Gesamtkonzept, es gibt keinen Beschluss zur Zukunft des KBO!

Herr Rohmeyer:

- Das KBO hat eine Vorgeschichte, die alle kennen sollten und die Berücksichtigung finden muss. Auch er warnt vor einer Salami-Taktik. Es gibt kein Gesamtkonzept. Die GeNo hat viele Baustellen. Er bemängelt die Art der Hauspolitik im Umgang mit dem Personal.

Frau Dr. Dreizehnter: Es gibt ein Gesamtkonzept. Sie bittet um Verständnis, das zum heutigen Zeitpunkt über die Inhalte des Gesamtkonzeptes noch nicht gesprochen werden kann. Das wird zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt.

Herr Schlüter:

- Herr Schlüter fragt, warum jetzt schon Schritte dem Gesamtkonzept vorweggenommen werden, warum werden die Änderungen nicht ganzheitlich umgesetzt.

Eine Bürgerin:

- Weist daraufhin, dass die Notfallversorgung am KBO massiv gefährdet ist. Nachts ist kein Allgemeinmediziner im Hause. Die Unfallchirurgie ist ab 18 Uhr nicht mehr am KBO vertreten. Die Rettungsdienste sind jetzt schon mehr als ausgelastet. Was passiert, wenn Patienten in der Nacht stürzen? Die müssen dann mit dem Rettungsdienst in ein anderes Krankenhaus verlegt werden.

Ein Bürger:

- Findet die Antworten von Frau Dreizehnter sehr schwach. Sie ist für die Sanierung von der Senatorin für Gesundheit eingestellt worden. Die Bevölkerung und der Beirat Osterholz lassen sich das nicht gefallen.

Herr Haase stärkt die Sicht des Beirates Osterholz. Der Beirat Osterholz hat sich in den letzten 20 Jahren für den Erhalt des KBO stark gemacht. Sonst gäbe es die Klinik gar nicht mehr. Die Stadtteilsicht ist ernst zu nehmen. Eine dauerhafte Grundversorgung am KBO ist wichtig und zwingend erforderlich. Die Anwesenden brauchen endlich Klarheit.

Herr Dillmann würde an dieser Stelle seinen Beschlussantrag vorlesen. Herr Haase spricht sich dafür aus, heute keinen Beschluss zu fassen, sondern im Nachgang in der morgigen Sitzung des Koordinierungsausschusses mit Anpassungen einen Beschluss zu fassen. Es wird abgestimmt, ob der Beschlussentwurf von Herrn Dillmann heute beschlossen wird. Der Antrag auf Vertagung wird mit 9 Nein-Stimmen abgelehnt. Der Beschlussantrag wird in der heutigen Sitzung zur Abstimmung gebracht. Ralf Dillmann liest den gemeinsamen Antrag vor.

Der Beirat möge beschließen:

Das Klinikum Bremen-Ost ist im Stadtteil Osterholz ein bedeutender Standortfaktor. Dieses gilt in besonderem Maße für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung, aber darüber hinaus auch als großer Arbeitgeber. Zugleich haben viele Beschäftigte ihren Wohnsitz im Stadtteil. Diese seit mehr als einem Jahrhundert bestehende Verbindung hat aus der Sicht des Beirates einen hohen Wert. Was auch damit zu tun hat, dass durch das örtliche Klinikum eine wohnortnahe Versorgung möglich ist. Während in zentrumsnahen Stadtteilen eine hohe Facharztdichte gegeben ist – beispielsweise sind in Schwachhausen bei fast gleicher Bevölkerungszahl 413 Fachärzte – hat Osterholz gerade mal 52. Diese sind zumeist völlig überlaufen und nehmen kaum neue Patienten an. Als Ausweg bleibt die Ambulanz des Klinikums, wobei nicht selten fortgeschrittene Krankheitsbilder erkannt werden, die eine stationäre Aufnahme zur Folge haben. Ursachen hierfür sind der örtliche Ärztemangel, die notwendigen weiten Wege in die Innenstadt und die Sozialstruktur im Stadtteil. Osterholz verfügt über drei aktuelle beziehungsweise in Nachfolge befindliche WIN-Gebiete, in denen Ortsteile – oder Teile davon – durch Nachbesserungsmaßnahmen gestärkt werden. Grundlage ist hierfür ein hoher Benachteiligungsindexwert im Vergleich zur Gesamtstadt. Die Armut und die Betreuungsverpflichtung für die eigenen Kinder bringt viele dazu, die Ausgaben für die Straßenbahnfahrt ins Zentrum trotz Krankheit zu unterlassen. Dieses führt in der Konsequenz auch dazu, dass die Lebenserwartung im Stadtteilvergleich in Osterholz 5 Jahre geringer ausfällt. Bei Betrachtung der Ortsteilebene liegt diese sogar bis zu 15 Jahre niedriger. Während im Zentrum der Stadt mit dem Klinikum Bremen-Mitte (KBM), dem St. Joseph-Stift und dem Rote-Kreuz-Krankenhaus drei Akutkliniken sind, ist in Osterholz nur das Klinikum Ost für somatische Notfälle als Anlaufstelle vorhanden. Eine reduzierte Notfallbehandlung

am Klinikum Bremen-Ost hätte aus der Sicht des Beirats eine direkte negative soziale Auswirkung, die darüber hinaus den Standort Osterholz deutlich schwächt.

Dem Beirat Osterholz sind durch MitarbeiterInnen und EntscheidungsträgerInnen die Ergebnisse von Planungen der Geschäftsführung und Entscheidungen des Aufsichtsrats der GENO bekannt gemacht worden. Hierzu gehören:

- die vollständige Verlagerung der Unfallchirurgie an das KBM zum 31.12.2022.
- die Reduzierung der Betriebszeiten der Allgemein- und Viszeralchirurgie auf den Zeitraum von 8 bis 17 Uhr.
- die Nichtbesetzung der ärztlichen Leitung der Anaesthesie.
- die Prüfung der Verlagerung der Pulmologie und der Thoraxchirurgie an das KBM.

Diese genannten Veränderungen und Planungen führen zu einer massiven Verschlechterung der wohnortnahen gesundheitlichen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils Osterholz und angrenzender Gebiete. Ferner wird durch diese Maßnahmen die wirtschaftliche Grundlage des Klinikums massiv geschwächt. In den aktuellen Zeiten von Ärzte- und Pflegekräftemangel wird zudem die Attraktivität des Standorts als Arbeitgeber deutlich reduziert.

Die am Standort verbleibenden Fachabteilungen würden durch den Wegfall der Unfallchirurgie und die zeitliche Einschränkung der Allgemeinchirurgie mit Einbußen rechnen müssen. Einerseits würden Rettungsdienste bei unklaren Krankheitsursachen das Klinikum nicht anfahren – hier gibt es bereits Erfahrungen aus einer vormaligen Verlagerung der Chirurgie, die in 2018 zum vollständigen Wiederaufbau geführt hat. Andererseits könnten keine konsiliarischen chirurgischen Leistungen mehr durchgeführt werden. Dieses wäre insbesondere für die Forensik, die Geriatrie und die Psychiatrie ein großes Problem. Forensische Patienten müssten beispielsweise gesichert, mit hohem Personalaufwand, zum KBM gefahren werden. Mit dem Wiederaufbau im Jahre 2018 wurde auch die Aufnahme- und Intensivstation für knapp 40 Millionen Euro erneuert und erweitert. Diese Investition würde durch die Umsetzung der vorgenannten Maßnahmen ad absurdum geführt. Dieses ist auch durch die prekäre Lage der anderen Notaufnahmen an den weiteren stadtbremischen Kliniken völlig unverständlich. Schon jetzt ist die Akutversorgung an allen Standorten schwierig und für Patienten oft mit vielen Stunden Wartezeit verbunden. Laut IVENA wurde das KBO in den ersten acht Monaten des Jahres 2022 durch 7350 Rettungsdienstzuweisungen angefahren. Es ist sehr fraglich, wie ein erheblicher Anteil der Rettungsfahrten zusätzlich von den anderen bremischen Kliniken übernommen werden kann.

Als Ergebnis der Psychiatriereform der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts ist das Klinikum Bremen-Ost seit 1977 ein integriertes Haus, welches somatische und psychiatrische Fachabteilungen umfasst. Dieser medizinische Fortschritt hat auch dazu geführt, dass die Stigmatisierung der Patienten, als auch des Stadtteils, beendet wurde. Über viele Jahre bestehende Aussagen wie „Geh doch nach Ellen“ haben ihr Ende gefunden. Mit der jetzt anvisierten Schwächung der Somatik am Standort rückt ein Rollback in die Vorzeit der Psychiatriereform in greifbare Nähe. Der Beirat lehnt jegliche Schritte in Richtung eines psychiatrischen Krankenhauses strikt ab, da dieses die erneute Stigmatisierung der Patienten und des Stadtteils nach sich ziehen würde.

Der Beirat Osterholz fordert die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz sowie die Geschäftsführung der GENO auf:

1. Den Beschluss zur Verlagerung der Unfallchirurgie an das KBM umgehend rückgängig zu machen.
2. Die Behandlungs- und OP-Zeiten der Allgemein-, Unfall- und Viszeralchirurgie am KBO wieder auf eine 24h-Akutversorgung auszurichten.
3. Die begonnene Ausschreibung der Neubesetzung der ärztlichen Leitung der Anaesthesie fortzusetzen.
4. Eine Medizinstrategie für alle Häuser der GENO zu entwickeln, die diese auf eine vergleichbare wirtschaftliche Grundlage stellt. Die Entwicklung der Medizinstrategie muss gemeinsam mit den VertreterInnen der Beschäftigten, der Gesundheitsdeputation und den betroffenen Beiräten erfolgen.
5. Eingriffe in das Portfolio der Kliniken im Vorfeld einer geeinten Medizinstrategie, die geeignet sind in erheblichem Maße für Unsicherheit an den Standorten zu sorgen, zu unterlassen.
6. Die zu entwickelnde Medizinstrategie hat die Sozialindikatoren und die weiteren bestehenden Angebote aller Kliniken des Versorgungsgebietes im besonderen Maße zu berücksichtigen.

Antrag wird einstimmig angenommen (Beschluss **Nr. 99-2022/20**. Legislaturperiode).

Herr Schlüter weist Frau Dreizehnter daraufhin, dass es zur heutigen Sitzung ein Protokoll geben wird und dass der Beirat dazu Antworten erwartet. Weiterhin führt Herr Schlüter aus, dass der Beirat erst heute „offiziell“ von den Planungen erfahren hat. Eine Beiratsbeteiligung zu möglichen Veränderungen hat außerhalb dieser Sitzung zu erfolgen.

Zu TOP 4 Vergabe der Restglobalmittel 2022

Der Beirat Osterholz stimmt einstimmig dem Vorschlag von Wolfgang Haase zu.

- St. Raphael € 1.000,00
- GS Pfälzer Weg € 600,00
- GS Andernacher Straße € 500,00
- Bolzplatz Koblenzer Str. (Z) € 5.000,00

Die Restsumme von 1.653,57€ wird für karitative Zwecke in der Weihnachtszeit zur Verfügung stehen.

Zu TOP 5 Anträge; u. a.

Aufgrund der vorangeschrittenen Zeit werden die Anträge nicht verlesen.

Veränderte Schuleinzugsgrenzen der Osterholzer Grundschulen ab komm. Schuljahr 23/24

Der Beirat Osterholz stimmt den, mit den Schulleitern ausgehandelten, veränderten Einzugsgrenzen für die hiesigen Grundschulen zu.

Allerdings kann es in Einzelfällen dazu führen, dass jüngere Geschwisterkinder durch diese Veränderungen formal nicht mehr dieselbe Grundschule besuchen dürfen wie die älteren. Die hier eintretende Härte muss unbedingt vermieden werden!

Der Beirat Osterholz bittet zu prüfen, ob bei den anstehenden Veränderungen die GS Osterholzer Heerstraße bis zu Fertigstellung der GS Walseder Straße durch Zuweisung einzelner Straßen an die benachbarten Grundschulen räumlich entlastet werden kann.

Da nicht auszuschließen ist, dass weitere Schübe bei der Zuwanderung (z. B. von Flüchtlingen) künftig eintreten, bzw. der Bau von „Container-Dörfern“ bei den nächstgelegenen Schulen zu höheren Schülerzahlen bzw. zu höherer Zügigkeit führen, erwartet der Beirat Osterholz in diesen Fällen rechtzeitig beteiligt zu werden. Eine so kurze Fristsetzung wie in diesem Fall hält der Beirat für unangemessen.

Antrag wird einstimmig angenommen (Beschluss **Nr. 100-2022/20**. Legislaturperiode).

Letter of Intent“ – Stadtteilpartnerschaft Bremen-Osterholz und einem Stadtteil in Izmir (Gaziemir)

Der Beirat möge beschließen: („Letter of Intent“)

Der Beirat Osterholz begrüßt die Aufnahme von Gesprächen mit Vertretern der Partnerstadt Bremens Izmir/Gaziemir.

Aufgrund von Gesprächen sowohl mit Vertretern der Senatskanzlei, aber auch des Vereins ZIS (Zentrum für Migranten und Interkulturelle Studien e. V.), Herrn Ali Eliş, gibt es die begründete Hoffnung, dass neben der Städtepartnerschaft zwischen Izmir und Bremen auch eine Stadtteilpartnerschaft zwischen dem Stadtteil Izmir/Gaziemir und Bremen-Osterholz geschlossen werden kann. Daher begrüßt der Beirat Osterholz die Aufnahme von Gesprächen zwischen den Stadtteilen Bremen-Osterholz (Ortsamt/Beirat) sowie des Stadtteiles Izmir/Gaziemir, um nach einer absehbaren Zeit möglichst eine Stadtteilpartnerschaft zwischen beiden zu schließen.

Der Beschluss ist als Absichtserklärung (Letter of Intent) zu werten und wir begrüßen ausdrücklich, dass schon in Kürze Gäste aus Izmir in Bremen sein werden. Möglicherweise kann es sodann schon zu einer ersten Kontaktaufnahme kommen.

Der Beirat Osterholz erinnert hierbei an die gute Erfahrung der Stadtteilpartnerschaft mit der Stadt Bützow in Mecklenburg und hofft, dass in ähnlicher Weise auch eine Partnerschaft mit einem Stadtteil in Izmir zustande kommt. Dies soll primär zu einer besseren Verständigung der Menschen in beiden Stadtteilen führen und auch die Zusammenarbeit auf unterster kommunaler Ebene in beiden Städten herbeiführen.

Antrag wird mehrheitlich bei einer NEIN-Stimme (Linke) angenommen (Beschluss **Nr. 101-2022/20**. Legislaturperiode).

Aufwandsentschädigung Jugendbeirat Osterholz

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen wird aufgefordert, analog zur Regelung für Beiräte durch die Verordnung über Pauschsätze nach dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter, auch Mitgliedern von Jugendbeiräten in der Stadtgemeinde Bremen eine Aufwandsentschädigung zu gewähren.

Für die Teilnahme an Sitzungen des Jugendbeirates sowie von möglichen Ausschüssen des Jugendbeirates wird eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 10 € je Sitzung vorgeschlagen.

Für die Teilnahme an Sitzungen der Beirätekonferenz als stimmberechtigtes Mitglied wird gefordert, dass eine Aufwandsentschädigung gezahlt werde, das in seiner Höhe mit der Aufwandsentschädigung übereinstimmt, welches Beiratsmitgliedern in derselben Funktion gewährt wird.

Begründung:

Jugendbeiratsmitglieder verwenden einen nicht unerheblichen Teil ihrer Freizeit auf ihr ehrenamtliches politisches Engagement. Die vorgeschlagene Aufwandsentschädigung bedeutet eine stärkere Förderung und Wertschätzung dieser freiwilligen und gesellschaftlich bedeutenden Arbeit. Die Förderung des Ehrenamtes und politischen Engagements, gerade auch von Jugendlichen, ist erklärtes Ziel der Politik, sowohl auf kommunaler Landes-, als auch Bundes- und Europa-Ebene.

Antrag wird einstimmig angenommen (Beschluss **Nr. 102-2022/20**. Legislaturperiode).

Zu TOP 6 Mitteilungen des Ortsamtes

Herr Schlüter verweist auf die E-Mails.

Zu TOP 7 Verschiedenes

-/-

Herr Schlüter schließt die Sitzung um 21.10 Uhr.

Bremen, 14. Oktober 2022

gez. Ulrich Schlüter
(Sitzungsleitung)

gez. Wolfgang Haase
(Beiratssprecher)

gez. Vanessa Klin
(Protokollantin)